Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Gefährdet die Bayerische Staatsregierung die Stromversorgung in Baden-Württemberg?

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sie aus ihrer Sicht und nach ihrer Kenntnis rechtlich und energiepolitisch die Bestrebung der Bayerischen Staatsregierung bewertet, den Netzausbau zielgerichtet durch eine besondere Klausel zum Schutz „schutzwürdiger Landschaftsbereiche“ im Landesentwicklungsplan zu erschweren;
2. welche Auswirkungen sie infolge der oben genannten Bestrebung auf das weitere Planungsverfahren für die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitung SuedLink erwartet;
3. inwiefern sie im Zuge dessen eine Gefährdung des geplanten Datums für die Inbetriebnahme von SuedLink im Jahr 2022 für möglich hält;
4. welche Folgen sie im Falle von weiteren Verzögerungen beim Bau von SuedLink für die Stromversorgungssituation in Baden-Württemberg erwartet;
5. wie sie die jüngst vorgestellte Stromdatenanalyse der Industrie- und Handelskammern Ulm, Bodensee-Oberschwaben, Ostwürttemberg und Schwaben hinsichtlich der Versorgungssicherheit im württembergisch-bayerischen Grenzgebiet nach 2018 bewertet;
6. wie sie die regionale Versorgungssicherheit im württembergisch-bayerischen Grenzgebiet in der mehrjährigen Übergangszeit von 2018 bis zur Inbetriebnahme von SuedLink bewertet;
7. inwiefern sie diesbezüglich bereits in Austausch mit der Bayerischen Staatsregierung getreten ist;

Eingegangen: 20.04.2015/Ausgegeben: 15.06.2015

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

8. was sie konkret dafür tut, dass die Sicherheit der Stromversorgung im Grenzgebiet zum Freistaat Bayern gewährleistet bleibt, wenn der Kernkraftblock Gundremmingen B im Jahr 2017 vom Netz genommen wird.

17. 04. 2015

Dr. Rülke, Glück
und Fraktion

Begründung

Der zügige Ausbau der Nord-Süd-Übertragungsnetze ist ein unverzichtbares Element der Energiewende im Stromsektor.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 12. Mai 2015 Nr. 6-4552.2/131 nimmt das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. wie sie aus ihrer Sicht und nach ihrer Kenntnis rechtlich und energiepolitisch die Bestrebung der Bayerischen Staatsregierung bewertet, den Netzausbau zielgerichtet durch eine besondere Klausel zum Schutz „schutzwürdiger Landschaftsbereiche“ im Landesentwicklungsplan zu erschweren;*

Die Bestrebungen der Bayerischen Staatsregierung sind nicht im Detail bekannt. Aus Pressemeldungen war zu entnehmen, dass bei Bedarf „schutzwürdige Landschaftsbereiche“ durch Regelungen im Landesentwicklungsprogramm vom Leitungsbau ausgenommen werden sollen und bis Jahresende konkrete Landschaftsbereiche vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz festgelegt sein sollen. Eine Bewertung dieser Bestrebungen ist ohne Kenntnis der geplanten Regelung nicht möglich.

- 2. welche Auswirkungen sie infolge der oben genannten Bestrebung auf das weitere Planungsverfahren für die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitung SuedLink erwartet;*

Ob und in welchem Umfang das Bestreben Bayerns Auswirkungen auf die Bundesfachplanung zum Vorhaben SuedLink haben wird, lässt sich gegenwärtig noch nicht abschließend bewerten. Zunächst muss abgewartet werden, welche Festlegungen Bayern treffen wird.

- 3. inwiefern sie im Zuge dessen eine Gefährdung des geplanten Datums für die Inbetriebnahme von SuedLink im Jahr 2022 für möglich hält;*

Sowohl durch die gegenwärtig geführte Grundsatzdiskussion zum Bedarf neuer Stromtrassen in Bayern als auch durch die Ankündigung Bayerns, im Wege landesplanerischer Festsetzungen die Planung und Realisierung von Stromtrassen in bestimmten regionalen Bereichen Bayerns auszuschließen, können Verzögerungen des Planungs- und Genehmigungsverfahrens für SuedLink nicht ausgeschlossen werden.

4. welche Folgen sie im Falle von weiteren Verzögerungen beim Bau von SuedLink für die Stromversorgungssituation in Baden-Württemberg erwartet;

Die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) analysieren derzeit gemeinsam, wie sich mögliche Verzögerungen beim Netzausbau auf die Systemsicherheit in Deutschland und damit auch in Süddeutschland auswirken. Diese Analyse wird laut Aussage der ÜNB noch vor der Sommerpause vorliegen. Die ÜNB gehen derzeit davon aus, dass die Versorgungssicherheit auch bei einem späteren Zeitpunkt der Inbetriebnahme von SuedLink noch gewährleistet werden könnte. Allerdings wären damit zwingend und verstärkt weitere Maßnahmen wie bspw. Redispatch verbunden. Unter Redispatch wird eine Korrektur des Marktgeschehens zu Lasten von Erzeugung aus erneuerbaren Energien und auch konventioneller Erzeugung verstanden, um Leitungsabschnitte vor einer Überlastung zu schützen. Droht an einer bestimmten Stelle im Netz ein Engpass, so werden Kraftwerke diesseits des Engpasses angewiesen, ihre Einspeisung zu drosseln, während Anlagen jenseits des Engpasses ihre Einspeiseleistung erhöhen müssen. Auf diese Weise wird ein Lastfluss erzeugt, der dem Engpass entgegenwirkt. Derartige Maßnahmen verursachen jedoch zusätzliche Kosten. Konkrete Aussagen über die Auswirkungen auf Redispatch-Maßnahmen und Reservekapazitäten sowie die dadurch anfallenden Kosten können die ÜNB allerdings erst nach Abschluss der Untersuchungen treffen.

5. wie sie die jüngst vorgestellte Stromdatenanalyse der Industrie- und Handelskammern Ulm, Bodensee-Oberschwaben, Ostwürttemberg und Schwaben hinsichtlich der Versorgungssicherheit im württembergisch-bayerischen Grenzgebiet nach 2018 bewertet;

Die Analyse bilanziert die Stromdaten (Stromerzeugung und -verbrauch) für das Gebiet der Industrie- und Handelskammern Bodensee-Oberschwaben, Ostwürttemberg, Schwaben und Ulm für das Jahr 2013 und prognostiziert diese Bilanz für das Jahr 2018 und 2022 mit den derzeit zur Verfügung stehenden Stromerzeugungskapazitäten.

Eine rein regionale Bewertung der Versorgungssicherheit vernachlässigt allerdings die deutschlandweite und grenzüberschreitende Vermaschung der Stromnetze und des Stromhandels. Ein solches „Format“ und damit eine an den regionalen Grenzen endende, autarke Betrachtung kann deshalb keine belastbare Aussage zur Versorgungssicherheit in Süddeutschland treffen.

Eine vom Umweltministerium beauftragte Studie zur Versorgungssicherheit in Süddeutschland und Deutschland (http://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/5_Energie/Versorgungssicherheit/Kurzstudie_Kapazitaetsentwicklung_Sueddeutschland.pdf) hat gezeigt, dass es bundesweit zwischen 2018 und 2022 zu Versorgungsengpässen kommen könnte, wenn nicht neue Kapazitäten gebaut oder fossile Bestandanlagen über ihre übliche technische Lebensdauer hinaus betriebsbereit gehalten werden. Dies kann zwar vorläufig und in erster Linie mit Blick auf die Bestandanlagen bspw. durch die Einführung einer Kapazitäts- und Netzreserve bewerkstelligt werden, ist aber mittelfristig mit enormen Kostenrisiken verbunden.

Die Systemstudien der Übertragungsnetzbetreiber laufen derzeit in einer Fünfjahresvorausschau. Diese Studien kommen zum Ergebnis, dass das System auch 2019/2020 beherrschbar bleibt, auch wenn die Zahl der Eingriffe in das Marktgeschehen (Redispatch) weiter zunehmen wird. Das Umweltministerium hat daher in seiner Stellungnahme zum Grünbuch des Bundeswirtschaftsministeriums (<http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Strommarkt-der-Zukunft/Gruenbuch/stellungnahmen-gruenbuch.html>) u. a. die Einführung eines mit den Ländern abgestimmten Versorgungssicherheitsberichts mit einer Zehnjahresvorausschau gefordert, um drohenden Engpassituationen bei der Stromversorgung im nationalen Kontext unter Berücksichtigung der Situation im europäischen System rechtzeitig entgegenwirken zu können.

Die Landesregierung teilt die Schlussfolgerungen der o. g. Studie der Industrie- und Handelskammern, dass der Netzausbau zwingend erforderlich ist und dass darüber hinaus mittelfristig neue, hochflexible Erzeugungskapazitäten wie Gaskraftwerke, die Erschließung der enormen Potenziale einer flexiblen Nachfrage sowie

Speicher notwendig sein werden. Nach Auffassung des Umweltministeriums sind zur Gewährleistung der rechtzeitigen und ausreichenden Erschließung dieser notwendigen Flexibilitätsoptionen mittel- und langfristig ausschließlich Anreize über den so genannten Energy-only-Markt (EoM) nicht ausreichend. Dass es hier rechtzeitig weiterer angemessener Maßnahmen auf wettbewerblicher Basis bedarf, hat das Umweltministerium, wie z. B. auch die Bundesnetzagentur, in seiner o. g. Stellungnahme zum Grünbuch des Bundeswirtschaftsministeriums deutlich gemacht.

6. wie sie die regionale Versorgungssicherheit im württembergisch-bayerischen Grenzgebiet in der mehrjährigen Übergangszeit von 2018 bis zur Inbetriebnahme von SuedLink bewertet;

Auf die Stellungnahme zu Ziffer 5 wird verwiesen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Verbindung Redwitz-Remptendorf, die zwischen Bayern und Thüringen bis dahin fertiggestellt sein soll, höhere Stromflüsse von Nord- nach Süddeutschland – in dem Fall nach Bayern – ermöglichen sollte.

7. inwiefern sie diesbezüglich bereits in Austausch mit der Bayerischen Staatsregierung getreten ist;

Die Landesregierung ist bei den Themen Netzausbau und Versorgungssicherheit sowohl mit der Bundesregierung als auch mit den anderen Bundesländern im ständigen Austausch.

8. was sie konkret dafür tut, dass die Sicherheit der Stromversorgung im Grenzgebiet zum Freistaat Bayern gewährleistet bleibt, wenn der Kernkraftblock Gundremmingen B im Jahr 2017 vom Netz genommen wird.

Die Berechnungen der Übertragungsnetzbetreiber haben bislang gezeigt, dass die Sicherheit der Stromversorgung auch nach dem Jahr 2017 ohne Neubau gewährleistet werden kann. Wie unter Ziffer 4 aufgeführt, werden die neusten Simulationen derzeit gerechnet. Die Landesregierung ist mit der Bundesnetzagentur und der Bundesregierung sowie dem zuständigen Übertragungsnetzbetreiber in ständigem Kontakt zu Fragen der Systemsicherheit.

In Vertretung

Meinel

Ministerialdirektor